

Kommunalwahlprogramm 2026

Die Linke

Wolfenbüttel

Wolfenbüttel gehört uns allen

Bei der Kommunalwahl am 13.09.2026 entscheiden wir, wie sich Wolfenbüttel, die Ortsteile und der Landkreis in den kommenden Jahren entwickeln. Kommunalpolitik prägt ganz konkret, wie der Alltag vor Ort funktioniert: ob Wohnungen bezahlbar bleiben, Busse verlässlich fahren, Kita, Schule, Stadtbad und Krankenhaus erreichbar sind und ob es Orte für Jugendliche, Kultur, Beratung und Begegnung gibt.

Nicht alle Probleme entstehen vor Ort. Aber vor Ort zeigt sich, ob Menschen mit steigenden Mieten, hohen Energiekosten, fehlender Versorgung oder überlasteten Strukturen allein gelassen werden – oder ob Politik konkrete Unterstützung organisiert. Vieles, was heute als Sachzwang erscheint, ist das Ergebnis politischer Entscheidungen. Und was politisch entschieden wurde, kann auch politisch verändert werden.

Vor uns liegen große Aufgaben: bezahlbares Wohnen, Klimaanpassung, Energiewende, Mobilitätswende, gute Bildung, soziale Unterstützung und der Erhalt öffentlicher Infrastruktur. Vieles davon wurde zu lange verschoben oder nur halbherzig angegangen. Für uns ist klar: Diese Veränderungen müssen sozial gerecht gestaltet werden – nicht auf dem Rücken der Menschen, die ohnehin jeden Euro umdrehen müssen.

Demokratischer Sozialismus heißt für uns vor Ort: Öffentliche Infrastruktur stärken statt verkaufen, Grundversorgung demokratisch planen statt dem Markt überlassen – und anerkennen, dass nicht alles, was Menschen brauchen, Gewinn abwerfen muss. Wohnen, Energie, Mobilität, Bildung, Gesundheit und Klimaschutz gehören in den Mittelpunkt kommunaler Politik, nicht Profitinteressen, Privatisierung oder kurzfristige Einsparungen.

Wir setzen uns für ein Wolfenbüttel, die Ortsteile und den Landkreis ein:

- in dem Wohnen keine Frage des Einkommens ist,
- in dem Mobilität verlässlich und für alle zugänglich ist,
- in dem Bildung, Kultur und Teilhabe nicht am Geldbeutel scheitern,
- in dem öffentliche Angebote erhalten und ausgebaut werden,
- in dem alle Kinder gute Chancen haben,
- in dem Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammengehören,
- in dem Zusammenhalt konkret gelebt wird und Spaltung keinen Platz hat.

Wir sind vor Ort aktiv, hören zu und greifen Probleme auf. Mit einer starken linken Stimme im Rat wollen wir dafür sorgen, dass kommunale Politik sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und konkrete Verbesserungen im Alltag schafft.

Unser Ziel: Eine Stadt und ein Landkreis, in denen das Leben für alle funktioniert – nicht nur für die, die es sich leisten können.

Niemals alleine, immer gemeinsam!

42	Inhalt	
43	Soziales & Bildung	2
44	Wohnen, Energie & Grundversorgung	3
45	Stadtbild & Alltag	6
46	Mobilität & Infrastruktur	7
47	Gesundheit, Pflege & Teilhabe	8
48	Demokratie & Zusammenhalt	10
49	Abschluss	11

50 **Soziales & Bildung**

51 **Bildung und Betreuung müssen für alle zugänglich sein – von Anfang an.**

52 Kinderbetreuung muss verlässlich, bedarfsgerecht und für alle zugänglich sein.
 53 Wir setzen uns für eine gebührenfreie Betreuung ein, die sich am realen Alltag
 54 von Familien orientiert. Dazu gehören auch ausreichend flexible Betreuungszei-
 55 ten über die bisherigen acht Stunden hinaus – denn Vereinbarkeit darf nicht vom
 56 Arbeitsmodell abhängen.

57 Familien tragen im Alltag große Verantwortung – besonders dann, wenn zusätz-
 58 lich Pflegeaufgaben, Schichtarbeit oder unsichere Arbeitszeiten hinzukommen.
 59 Wir wollen sie konkret entlasten und dafür sorgen, dass Unterstützung verläss-
 60 lich erreichbar ist.

61 Kein Kind darf ausgeschlossen werden, weil das Geld fehlt. Kostenfreies Mittag-
 62 essen in Kitas und Schulen ist für uns selbstverständlich. Das gilt ebenso für
 63 Lernmittel: Schulbücher, notwendige Materialien und digitale Endgeräte müssen
 64 kostenfrei bereitgestellt werden.

65 Kinder und Jugendliche brauchen Räume, die ihnen wirklich gehören. Deshalb
 66 sichern und schaffen wir Jugendräume und konsumfreie Treffpunkte. Öffentli-
 67 cher Raum ist keine Ware – er muss für alle nutzbar sein, unabhängig davon, ob
 68 man sich etwas leisten kann.

69 Bildung endet nicht mit der Schule. Angebote der Volkshochschule und andere
 70 Weiterbildungsangebote müssen bezahlbar und niedrigschwellig zugänglich
 71 sein. Lebenslanges Lernen darf kein Privileg sein.

72 Kulturelle Bildung muss für alle erreichbar sein. Bibliotheken, Musikschulen, Mu-
 73 seen, Theater und lokale Kulturangebote leisten wichtige Bildungsarbeit – gerade
 74 für Kinder und Jugendliche. Wir wollen solche Angebote erhalten, bezahl-
 75 bar/stärker sichtbar machen und besser mit Kitas, Schulen, Jugendpflege und
 76 Vereinen verknüpfen.

77 Freizeit, Sport und gemeinschaftliche Aktivitäten machen unsere Kommune le-
 78 bendig. Sie bringen Menschen zusammen, schaffen Bewegung und stärken den

79 Zusammenhalt – im Verein, im Schwimmbad, auf dem Sportplatz oder in offenen
80 Bewegungsräumen.

81 Dafür braucht es gute Bedingungen. Sportstätten, Schwimmangebote und Be-
82 wegungsräume müssen erhalten und gezielt saniert werden. Vereine und Ehren-
83 amt wollen wir stärken: durch einfachere, transparentere und verlässliche För-
84 derprogramme, weniger Bürokratie und mehr Anerkennung für die Menschen,
85 die sich vor Ort engagieren.

86 Gleichzeitig lebt eine solidarische Kommune davon, dass Menschen sich einbrin-
87 gen. Wir wollen Kooperationen zwischen Kitas, Schulen, Jugendpflege und Ver-
88 einen ausbauen, damit Kinder und Jugendliche früh Zugang zu Sport, Bewegung
89 und Gemeinschaft bekommen.

90 Ausreichende Kapazitäten für Schul- und Vereinsschwimmen – insbesondere im
91 Stadtbad Okeraue – müssen dauerhaft gesichert werden. Zusätzlich setzen wir
92 uns für mehr frei zugängliche Sport- und Bewegungsangebote ein.

93 Wolfenbüttel ist vielfältig. Doch nicht alle Menschen haben die gleichen Möglich-
94 keiten, sicher, selbstbestimmt und gleichberechtigt am Alltag teilzunehmen.
95 Frauen, queere Menschen, trans, inter, nicht-binäre und agender Personen erle-
96 ben auch vor Ort Benachteiligung, Unsicherheit oder fehlende Unterstützung.

97 Gleichstellung ist für uns deshalb kein Zusatzthema, sondern Teil sozialer Ge-
98 rechtigkeit. Es geht um konkrete Verbesserungen im Alltag: verlässliche und kos-
99 tenfreie Betreuungsangebote, sichere Wege auch in den Abend- und Nachtstun-
100 den sowie zugängliche Schutz- und Beratungsangebote für Menschen, die von
101 Gewalt, Diskriminierung oder Ausgrenzung betroffen sind.

102 Öffentliche Infrastruktur muss so gestaltet sein, dass sie niemanden ausschließt.
103 Dazu gehören barrierefreie Einrichtungen, gut erreichbare Anlaufstellen, ver-
104 ständliche Informationen und eine Kommune, in der sich alle Menschen sicher
105 und selbstbestimmt bewegen können – unabhängig von Geschlecht, Identität,
106 Herkunft, Einkommen oder sozialer Lage.

107 Gleichzeitig dürfen Menschen in schwierigen Lebenslagen nicht allein gelassen
108 werden. Tafeln, Obdachlosenhilfe, Beratungsstellen und Nachbarschaftshilfen
109 leisten wichtige Arbeit. Sie brauchen verlässliche Unterstützung und dürfen nicht
110 dauerhaft Lücken schließen müssen, die eigentlich öffentliche Verantwortung
111 sind.

112 **Wohnen, Energie & Grundversorgung**

113 **Wohnen, Energie und Versorgung dürfen nicht vom Einkommen abhängen.**

114 Doch für viele Menschen wird genau das im Alltag immer mehr zur Belastung:
115 steigende Kosten und unsichere Perspektiven schränken das Leben ein. Das ist
116 keine Entwicklung, die wir hinnehmen.

117 Bezahlbarer Wohnraum ist eine der zentralen sozialen Fragen vor Ort. Wir wollen
118 den kommunalen Wohnungsbestand gezielt ausbauen und dauerhaft stärken.
119 Wohnen darf nicht zum Spekulationsobjekt werden.

120 Mieten müssen bezahlbar bleiben, Verdrängung darf nicht zur Normalität wer-
121 den. Deshalb wollen wir systematisch erfassen, wo Wohnraum leer steht oder
122 baureife Grundstücke ungenutzt bleiben. Vorhandene Flächen müssen besser
123 für bezahlbares Wohnen genutzt werden, statt Spekulation zu dienen. Bei Neu-
124 bauprojekten setzen wir uns für verbindliche Sozialwohnungsquoten ein, damit
125 langfristig mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht.

126 Ein zentraler Hebel ist die Bodenpolitik. Städtische Grundstücke sollen grund-
127 sätzlich nicht verkauft, sondern im Erbbaurecht vergeben werden. Boden gehört
128 in öffentliche Hand, damit die Stadt langfristig Einfluss auf ihre Entwicklung be-
129 hält und Spekulation begrenzen kann. Dort, wo es rechtlich möglich und städte-
130 baulich sinnvoll ist, wollen wir kommunale Vorkaufsrechte konsequent prüfen
131 und nutzen. Die Stadt darf nicht nur zuschauen, wenn Wohnraum oder wichtige
132 Grundstücke dem Markt überlassen werden.

133 Darüber hinaus prüfen wir gezielt den Ankauf von Wohnungen durch die Stadt,
134 um den kommunalen Bestand auszubauen und stärker in den Wohnungsmarkt
135 eingreifen zu können. Gleichzeitig wollen wir alternative und gemeinwohlorien-
136 tierte Wohnformen stärken – insbesondere genossenschaftliche Projekte und
137 gemeinschaftliches Wohnen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zu dauerhaft be-
138 zahlbarem Wohnraum und stabilen Nachbarschaften.

139 Wohnungslosigkeit ist auch in kleineren Städten Realität. Unser Anspruch ist klar:
140 Niemand soll hier ohne sicheren Wohnraum leben müssen. Wir wollen Woh-
141 nungslosigkeit frühzeitig verhindern – etwa durch bessere Beratung bei Miet-
142 schulden, Unterstützung in Krisensituationen und verlässliche Hilfsangebote.
143 Notunterkünfte müssen menschenwürdig sein; langfristig braucht es Wege in
144 dauerhaften Wohnraum statt nur kurzfristiger Unterbringung.

145 **Energie & Stadtwerke**

146 **Energie muss bezahlbar sein – und darf kein Geschäftsmodell auf Kosten der**
147 **Menschen sein.**

148 Die Stadt hält über die Stadtbetriebe die Mehrheit an den Stadtwerken. Diesen
149 Einfluss wollen wir nutzen, damit Versorgungssicherheit, faire Preise und der
150 Ausbau erneuerbarer Energien Vorrang vor kurzfristiger Gewinnmaximierung ha-
151 ben.

152 Stadtwerke müssen gestalten statt nur verwalten. Lokale Stromerzeugung wollen
153 wir gezielt stärken und stärker in der Region nutzen – etwa durch langfristige
154 Abnahmeverträge für genossenschaftliche und gemeinwohlorientierte Projekte.
155 So entsteht Planungssicherheit und Wertschöpfung bleibt vor Ort.

156 Lokaler Strom muss einfacher lokal nutzbar werden. Dafür wollen wir Energy-
157 Sharing-Modelle, passende Tarifstrukturen und mehr Transparenz im Stromnetz

158 voranbringen. Netzkapazitäten müssen besser erfasst, Anschlussverfahren ver-
159 einfacht und neue Projekte verlässlicher ermöglicht werden.

160 Alle geeigneten öffentlichen Gebäude sollen mit Photovoltaik ausgestattet wer-
161 den. Wo es sinnvoll ist, müssen Speicher mitgedacht werden, um erzeugten
162 Strom besser zu nutzen, Lastspitzen abzufangen und die Versorgung stabiler zu
163 machen. Die Stadtwerke sollen solche Strukturen aktiv unterstützen. Darüber
164 hinaus wollen wir prüfen, wie kommunale, quartiersbezogene und gemeinwohl-
165 orientierte Speicherlösungen rechtlich und wirtschaftlich aufgebaut werden kön-
166 nen. Wenn in der Region viel Strom aus Wind und Sonne erzeugt wird, muss
167 stärker vor Ort davon profitiert werden: durch Speicher, Bürgerenergie, langfris-
168 tige Abnahmeverträge, faire Tarife und eine aktive Rolle der Stadtwerke.

169 Die Energiewende muss sozial gerecht sein. Auch Mieter*innen sollen stärker
170 profitieren – etwa durch geförderte Balkon-Photovoltaik, einfache Beteiligungs-
171 modelle und zugängliche Wallbox-Lösungen im Mehrfamilienbereich. Energie ist
172 ein Grundbedürfnis; deshalb setzen wir uns für soziale Tarife und wirksame Un-
173 terstützung bei hohen Energiekosten ein.

174 Auch die Wärmeversorgung ist eine zentrale Zukunftsfrage. Fossiles Gas hat
175 keine dauerhafte Zukunft und sein Ausstieg muss geplant, transparent und sozial
176 gerecht organisiert werden. Wir wollen den Aufbau von Wärmenetzen vorantrei-
177 ben und die kommunale Wärmeplanung konkret umsetzen. Kommune und Stadt-
178 werke müssen frühzeitig offenlegen, welche Perspektive einzelne Stadtteile und
179 Quartiere haben: Wärmenetz, Wärmepumpe, Sanierung oder gemeinschaftliche
180 Versorgungslösungen. Menschen brauchen Planungssicherheit und dürfen bei
181 dieser Umstellung nicht allein gelassen werden.

182 Langfristig streben wir an, private Beteiligungen zurückzuführen und die Stadt-
183 werke vollständig in kommunale Hand zu überführen. Energieversorgung gehört
184 zur öffentlichen Infrastruktur und muss dauerhaft dem Gemeinwohl dienen.

185 **Öffentliche Daseinsvorsorge**

186 **Öffentliche Infrastruktur muss verlässlich funktionieren – und für alle zugäng-**
187 **lich sein.**

188 Eine funktionierende Kommune braucht starke öffentliche Infrastruktur. Versor-
189 gung, Beratung, Bildung, Kultur, Sport, Energie und Mobilität dürfen nicht nach
190 kurzfristiger Rendite organisiert werden, sondern müssen sich am Bedarf der
191 Menschen orientieren.

192 Verwaltung muss verständlich und erreichbar bleiben – digital und analog. Wer
193 keinen einfachen Zugang zu digitalen Angeboten hat, darf nicht ausgeschlossen
194 werden.

195 Zentrale Bereiche gehören in öffentliche Hand oder unter klare kommunale Kon-
196 trolle. Wir lehnen Privatisierung ab, wenn sie zu höheren Kosten, schlechteren
197 Arbeitsbedingungen oder weniger demokratischem Einfluss führt.

198 Kommunale Wirtschaftspolitik muss dem Gemeinwohl dienen. Wer öffentliche
199 Gelder erhält oder öffentliche Aufgaben übernimmt, muss faire Arbeitsbedingun-
200 gen bieten: tarifliche Bezahlung, sichere Beschäftigung, Mitbestimmung, Ausbil-
201 dung und gute Arbeitsstandards müssen bei Vergabe und Beteiligungen stärker
202 berücksichtigt werden.

203 Zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehört auch, Verantwortung nicht zu verdrän-
204 gen oder kommenden Generationen zu überlassen. Deshalb denken wir Umwelt-
205 und Klimaschutz in allen Bereichen dieses Programms mit. Energieintensive Be-
206 reiche und ausgelagerte Prozesse müssen transparent gemacht und in die kom-
207 munale Klimastrategie einbezogen werden. Emissionen verschwinden nicht, nur
208 weil sie außerhalb der eigenen Bilanz entstehen.

209 Das gilt besonders für die Asse II. Die Situation zeigt, wie schnell Verantwortung
210 abgeschoben wird, wenn es unbequem wird. Für uns ist klar: Der Atom Müll muss
211 vollständig und so schnell wie möglich zurückgeholt werden. Ein einfaches „Drin-
212 lassen“ kommt nicht in Frage – auch dann nicht, wenn es aufwendig oder teuer
213 ist. Eine Zwischenlagerung von Atom Müll in Bevölkerungsnähe lehnen wir ab. Die
214 Risiken dürfen nicht bei den Menschen vor Ort landen.

215 **Stadtbild & Alltag**

216 **Eine Kommune muss im Alltag für alle funktionieren – sicher, zugänglich und**
217 **ohne Hürden.**

218 Ob Menschen sich in ihrer Stadt wohlfühlen, zeigt sich oft an einfachen Dingen:
219 Gibt es saubere Wege und Plätze? Kann man sich hinsetzen? Gibt es öffentliche
220 Toiletten, Trinkwasser, Schatten und Orte, an denen man sich aufhalten kann,
221 ohne etwas kaufen zu müssen?

222 Die Aufenthaltsqualität in Wolfenbüttel und in den Ortsteilen muss verbessert
223 werden. Mehr Sitzgelegenheiten, kostenfreie öffentliche Toiletten und frei zu-
224 gängliche Trinkwasserspender sind keine Extras, sondern Teil einer Stadt, die für
225 alle funktioniert.

226 Saubere, gut gepflegte und übersichtliche Wege und Plätze tragen zur Sicherheit
227 bei. Vernachlässigte Bereiche dürfen nicht zum Dauerzustand werden – weder
228 in der Innenstadt noch in den Ortsteilen.

229 Angesichts zunehmender Hitzeperioden braucht es wirksame Hitzeschutzmaß-
230 nahmen. Mehr Grünflächen, Bäume, Schatten und entsiegelte Flächen machen
231 den Alltag erträglicher – besonders an Haltestellen, auf Spielplätzen, Schulwegen
232 und stark versiegelten Plätzen.

233 Auch zentrale Orte müssen daran gemessen werden. Der Schlossplatz darf kein
234 aufgeheizter Steinplatz bleiben. Er soll schrittweise begrünt und so gestaltet wer-
235 den, dass er auch im Sommer Aufenthaltsqualität bietet.

236 Eine lebendige Kommune braucht Orte der Begegnung. Öffentliche Räume dür-
237 fen nicht immer stärker kommerzialisiert werden. Menschen brauchen Plätze, an

238 denen sie sich treffen, ausruhen, spielen oder Zeit verbringen können – ohne
239 Konsumdruck.

240 Das richtet sich nicht gegen kleine Läden, Cafés, Gastronomie oder den Wo-
241 chenmarkt. Im Gegenteil: Eine Innenstadt, in der Menschen gerne bleiben, stärkt
242 auch lokales Leben. Wer Aufenthaltsqualität schafft, sorgt für mehr Begegnung,
243 mehr Laufkundschaft und bessere Bedingungen für Marktstände, Kultur, Gast-
244 ronomie und kleine Geschäfte – statt nur Durchgangsverkehr, Leerstand und
245 austauschbare Konsumflächen zu verwalten.

246 Auch Vereine, Initiativen, Musikgruppen und Werkstätten brauchen Raum. Öff-
247 fentliche Flächen und Räume sollen stärker für gemeinschaftliche Nutzung ge-
248 öffnet und langfristig gesichert werden. Dafür muss transparent sein, welche
249 städtischen und stadtnahen Räume nutzbar sind, was sie kosten und welche Ver-
250 günstigungen für gemeinnützige, soziale oder kulturelle Zwecke gelten.

251 Barrierefreiheit ist keine Zusatzaufgabe, sondern Voraussetzung für Teilhabe.
252 Wege, Plätze, Haltestellen, Toiletten und öffentliche Zugänge müssen so gestal-
253 tet sein, dass alle Menschen sich selbstständig und sicher bewegen können.

254 **Mobilität & Infrastruktur**

255 **Mobilität muss im Alltag funktionieren – verlässlich, bezahlbar und für alle zu-**
256 **gänglich.**

257 Wer nicht zuverlässig von A nach B kommt, ist im Alltag eingeschränkt: auf dem
258 Weg zur Arbeit, zur Schule, zum Arzt, zum Einkaufen oder in der Freizeit. Mobi-
259 lität ist deshalb eine Voraussetzung für Teilhabe.

260 Ziel ist ein öffentlicher Nahverkehr, der einfach nutzbar und für alle bezahlbar ist.
261 Konkrete Schritte dahin sind ein Schüler*innen- und Sozialticket ohne finanzielle
262 Hürden sowie ein kostenfreies Kurzstreckenangebot: Fahrten bis zu fünf Halte-
263 stellen sollen kostenlos sein. Langfristig soll geprüft werden, wie der ÖPNV
264 schrittweise weiter vergünstigt und perspektivisch kostenfrei werden kann – ver-
265 bunden mit besseren Takten, verlässlichen Anschlüssen und guter Erreichbarkeit
266 der Ortsteile.

267 Der Nahverkehr muss zukunftsfähig aufgestellt werden. Für Wolfenbüttel und
268 den Landkreis soll die Busflotte schrittweise auf emissionsfreie Antriebe umge-
269 stellt werden; neue Fahrzeuge sind entsprechend anzuschaffen. Diese Umstel-
270 lung muss sozial verträglich erfolgen und darf nicht zu weiter steigenden Fahr-
271 preisen führen.

272 Auch außerhalb der Kernstadt braucht es verlässliche Angebote. Dichtere Takte
273 am Wochenende, Abendverbindungen und bessere Anbindungen der Dörfer
274 sind notwendig, damit Mobilität nicht an der Stadtgrenze endet. Flexible Lösun-
275 gen wie Rufbusse und On-Demand-Verkehre können dort sinnvoll sein, wo sie
276 den Alltag tatsächlich verbessern.

277 Ein rein repressiver Umgang mit dem Thema Beförderungsentgelt löst keine so-
278 zialen Probleme. Strafanzeigen wegen Fahrens ohne Ticket lehnen wir ab. Statt

279 Menschen zu kriminalisieren, braucht es Lösungen, die Mobilität wirklich zu-
280 gänglich machen.

281 Radverkehr ist kein Randthema, sondern ein zentraler Bestandteil alltagstaugli-
282 cher Mobilität. Viele Wege in Wolfenbüttel sind kurz genug, um sie mit dem Fahr-
283 rad zurückzulegen – wenn die Infrastruktur sicher, durchgängig und gut gepflegt
284 ist.

285 Dafür braucht es ein verlässliches Netz sicherer Radwege, bessere Verbindun-
286 gen zwischen Innenstadt, Ortsteilen, Schulen, Bahnhof und Arbeitsplätzen sowie
287 gut nutzbare Pendelrouten. Gefährliche Engstellen müssen entschärft, Lücken
288 geschlossen und Kreuzungen so gestaltet werden, dass Radfahrende und zu Fuß
289 Gehende sicher unterwegs sind.

290 Besonders Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und Menschen mit Einschrän-
291 kungen brauchen Schutz im Straßenverkehr. Sichere Schulwege, übersichtliche
292 Querungen, verkehrsberuhigte Bereiche und ausreichend breite Wege ermögli-
293 chen selbstständige Mobilität – ohne ständige Angst vor Autos, unübersichtli-
294 chen Kreuzungen oder zu engen Wegen.

295 Geplante Radverkehrsprojekte dürfen nicht aus kurzfristigen Gründen aufgege-
296 ben werden. Dazu gehören auch Radschnellverbindungen und sichere Alltags-
297 routen in die Nachbarkommunen. Gute Radinfrastruktur entlastet Straßen,
298 schafft mehr Platz und macht Mobilität verlässlicher.

299 Wohngebiete müssen sicherer und ruhiger werden. Sichere Schulwege haben
300 dabei Priorität: Kinder müssen sich selbstständig bewegen können. Verkehrsbe-
301 ruhigung, sichere Querungen und bessere Sichtbeziehungen erhöhen die Si-
302 cherheit für alle.

303 Öffentlicher Raum ist begrenzt und muss gerecht genutzt werden. Viele Men-
304 schen sind weiterhin auf das Auto angewiesen – besonders dort, wo Alternativen
305 fehlen. Das darf Mobilitätspolitik nicht ignorieren. Gleichzeitig kann öffentlicher
306 Raum nicht unbegrenzt als Abstellfläche dienen. Ziel ist eine faire Verteilung: für
307 Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV, Grünflächen, Aufenthalt und notwendiges Par-
308 ken.

309 **Gesundheit, Pflege & Teilhabe**

310 **Gesundheit ist ein Menschenrecht. Versorgung gehört in öffentliche Verant-**
311 **wortung – nicht in privatwirtschaftliche Gewinnlogik.**

312 Auch vor Ort zeigt sich: Lange Wege, fehlende Termine und unklare Zuständig-
313 keiten belasten viele Menschen im Alltag. Gesundheit darf kein Geschäftsmo-
314 dell sein. Medizinische Versorgung muss sich am Bedarf der Menschen orien-
315 tieren – nicht an Wirtschaftlichkeit, Konkurrenz oder Zentralisierung.

316 Das kommunale Krankenhaus in Wolfenbüttel spielt dabei eine zentrale Rolle.
317 Es muss dauerhaft erhalten und in öffentlicher Hand geführt werden. Eine wei-
318 tere Zentralisierung oder schleichende Schwächung der lokalen Versorgung

319 lehnen wir ab. Wer krank ist, braucht erreichbare Hilfe – nicht immer längere
320 Wege.

321 Auch der Rettungsdienst muss im gesamten Landkreis verlässlich erreichbar
322 bleiben. Gerade in ländlichen Bereichen dürfen längere Wege und knappe Vor-
323 haltung nicht dazu führen, dass Hilfe zu spät kommt. Rettungswachen, Fahr-
324 zeuge und Personal müssen so geplant werden, dass Hilfsfristen zuverlässig
325 eingehalten und die Randbereiche des Landkreises nicht abgehängt werden.

326 Gesundheitsversorgung endet nicht am Krankenhaus. Hausärztliche Versor-
327 gung, Facharzttermine, psychische Gesundheit, Prävention, Pflege, Beratung
328 und soziale Unterstützung müssen besser zusammengedacht werden. Versor-
329 gungslücken im Landkreis und in den Ortsteilen müssen sichtbar gemacht und
330 gezielt geschlossen werden.

331 Ein wichtiger Ansatz sind wohnortnahe Gesundheitszentren, in denen medizini-
332 sche, pflegerische und soziale Angebote gebündelt werden. Solche Strukturen
333 ermöglichen kurze Wege, bessere Abstimmung und niedrigschwellige Hilfe. Wir
334 wollen ein kommunal getragenes Gesundheitszentrum prüfen und vorantreiben
335 – gemeinsam mit Krankenhaus, Landkreis, Gesundheitsregion, Pflege, Beratung
336 und Kassenärztlicher Vereinigung. Medizinische Versorgung darf nicht davon
337 abhängen, ob sich ein Standort für private Anbieter lohnt.

338 Im Bereich der stationären und ambulanten Pflege fehlt es oft nicht nur an Plät-
339 zen, sondern auch an Orientierung, sondern auch an Orientierung. Viele Ange-
340 bote sind vorhanden, aber für Betroffene und Angehörige schwer zu überbli-
341 cken. Zentrale Anlaufstellen für Pflege, Beratung und Unterstützung müssen
342 geschaffen oder gestärkt werden, damit Hilfe schnell, verständlich und unbüro-
343 kratisch erreichbar ist.

344 Pflegende Angehörige leisten einen unverzichtbaren Beitrag – oft unter hoher
345 Belastung. Sie brauchen mehr Unterstützung, verlässliche Entlastungsangebote
346 und bessere Beratung. Pflege darf nicht zur privaten Überforderung werden.

347 Gesellschaftliche und soziale Teilhabe darf nicht an der Praxis scheitern. Viele
348 Rechte bestehen bereits, werden im Alltag aber nicht konsequent umgesetzt.
349 Hürden müssen systematisch erfasst und abgebaut werden – bei Beratungs-
350 stellen, Gesundheitsangeboten, öffentlichen Informationen und der Orientie-
351 rung vor Ort.

352 Gesundheit, Pflege und Teilhabe gehören zusammen. Alle Menschen müssen
353 die Unterstützung erhalten, die sie brauchen – unabhängig von Einkommen, Al-
354 ter, Geschlecht, körperlichen Voraussetzungen oder sozialer Lage.

355

356 **Demokratie & Zusammenhalt**

357 **Eine offene Gesellschaft entsteht nicht von selbst – sie muss jeden Tag vertei-**
358 **digt und gestaltet werden.**

359 Demokratie ist mehr als Wahlen. Sie lebt davon, dass Menschen informiert sind,
360 mitreden können und erleben, dass ihre Anliegen ernst genommen werden. Zu-
361 sammenhalt entsteht dort, wo Menschen sich sicher fühlen, gehört werden und
362 sich einbringen können.

363 Wir stehen klar gegen Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlich-
364 keit, Behindertenfeindlichkeit und jede Form von Menschenfeindlichkeit. Rechte
365 Hetze und das gezielte Aufhetzen von Menschen gegeneinander müssen klar
366 benannt und zurückgedrängt werden. Wer soziale Probleme rassistisch umdeu-
367 tet, löst nichts – sondern lenkt von den eigentlichen Ursachen ab: Armut, Woh-
368 nungsnot, schlechte Arbeitsbedingungen, fehlende Angebote und politische
369 Versäumnisse.

370 Dabei geht es nicht nur um Haltung, sondern um konkreten Schutz. Menschen,
371 die von Gewalt, Bedrohung oder Diskriminierung betroffen sind, brauchen er-
372 reichbare Beratung, klare Anlaufstellen und Unterstützung, die schnell und un-
373 bürokratisch hilft – unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus, Geschlecht,
374 Identität, Behinderung oder sozialer Lage.

375 Die demokratische Zivilgesellschaft muss gestärkt werden: Vereine, Initiativen,
376 Schulen, Kulturorte und Bündnisse, die sich für Offenheit, Solidarität und ein res-
377 pektvolles Miteinander einsetzen. Rechte Netzwerke und extremistische Ent-
378 wicklungen dürfen vor Ort nicht verharmlost werden. Eine Stadt darf nicht neutral
379 bleiben, wenn Menschen eingeschüchtert, ausgegrenzt oder gegeneinander
380 aufgehetzt werden.

381 Teilhabe darf nicht durch unnötige Einschränkungen erschwert werden. Instru-
382 mente wie die Bezahlkarte oder verpflichtende Arbeitsmaßnahmen lehnen wir
383 ab, weil sie Menschen kontrollieren und ausgrenzen, statt ihnen Perspektiven zu
384 eröffnen. Integration und Zusammenhalt entstehen durch Beteiligung, Sprache,
385 Bildung, Arbeit, Wohnen und soziale Sicherheit – nicht durch Misstrauen und
386 Druck.

387 Erinnerungskultur ist für uns kein Nebenthema. Sie ist Grundlage dafür, aus der
388 Vergangenheit zu lernen und Verantwortung für die Gegenwart zu übernehmen.
389 Wir wollen lokale Geschichte sichtbar machen, Gedenkorte stärken und Projekte
390 unterstützen, die sich mit Faschismus, Ausgrenzung, Zwangsarbeit, Widerstand
391 und demokratischem Engagement auseinandersetzen.

392 Auch Schulen, Jugendangebote und Vereine brauchen Unterstützung, wenn
393 rechte, rassistische oder menschenfeindliche Einstellungen auftreten. Dafür
394 braucht es Aufklärung, klare Anlaufstellen und Zusammenarbeit mit lokalen Bil-
395 dungs- und Beratungsangeboten. Schulsozialarbeit muss verlässlich ausgebaut
396 und dauerhaft abgesichert werden. Schulen und Jugendangebote sollen Orte

397 demokratischer Bildung und sozialer Unterstützung sein – nicht Orte der Militari-
398 sierung.

399 Demokratie lebt davon, dass Menschen informiert sind und sich einbringen kön-
400 nen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Informationen verständlich und leicht zu-
401 gänglich zu machen und Beteiligung im Alltag zu ermöglichen.

402 **Abschluss**

403 Dieses Programm ist ein Angebot für eine Stadt und einen Landkreis, in denen
404 die Bedürfnisse der Menschen zählen – im Alltag, vor Ort und mit Blick auf die
405 Zukunft.

406 Ja, soziale Politik kostet Geld. Aber notwendige Veränderungen immer weiter
407 aufzuschieben, wird teurer. Öffentliche Infrastruktur muss gepflegt, erhalten und
408 rechtzeitig erneuert werden – bei Schulen, Kitas, Straßen, Radwegen, Busverbin-
409 dungen, Sportstätten, Grünflächen, Stadtbad, Krankenhaus und sozialen Ange-
410 boten.

411 Wer Investitionen verschiebt, spart nicht wirklich: Die Kosten werden später grö-
412 ßer – durch teurere Reparaturen, schlechtere Versorgung, soziale Folgekosten
413 und Klimaschäden. Politik kann entscheiden, ob rechtzeitig gehandelt wird oder
414 später teuer repariert werden muss.

415 Am Ende trifft das die Menschen ganz konkret: Kinder verlieren Chancen, Kranke
416 bleiben länger krank oder sterben früher, Angehörige werden allein gelassen und
417 Menschen mit wenig Geld geraten weiter unter Druck.

418 Gleichzeitig sind die Aufgaben der Städte und Gemeinden größer geworden: Be-
419 treuung, Bildung, Integration, Digitalisierung, Wärmeplanung, Klimaanpassung,
420 soziale Unterstützung, Gesundheit, Pflege und Infrastruktur. Dafür wurden Kom-
421 munen nicht ausreichend finanziert. Deshalb setzen wir uns als Linke seit Jahren
422 auf Landes- und Bundesebene dafür ein, Kommunen dauerhaft besser auszu-
423 stellen.

424 Aber auch vor Ort werden Prioritäten gesetzt. Wir wollen öffentliche Gelder zu-
425 erst dort einsetzen, wo sie den Alltag der Menschen verbessern: bei Bildung,
426 Wohnen, Mobilität, Gesundheit, Pflege, Klimaschutz und sozialer Unterstützung.

427 Nicht unten kürzen – öffentliche Aufgaben gerecht finanzieren.

428 Wir laden alle ein, sich einzubringen, Ideen weiterzuentwickeln und gemeinsam
429 zu gestalten.

430 **Unser Ziel ist klar: Eine Stadt und ein Landkreis für alle – nicht für wenige.**

431 **Formelles**

432 **Kontakt:**

433 Die Linke

434 Kreisverband Wolfenbüttel

435 Postfach 18 20

436 38288 Wolfenbüttel

437 kontakt@dielinke-wf.de

438 <https://www.dielinke-wf.de>

439 **Details zu unseren Kandidierenden:**

440 <https://www.dielinke-wf.de/kommunalwahl-2026/unsere-kandidierenden/>

441 **Transparenzbekanntmachung unter:**

442 [https://www.dielinke-wf.de/service/bekanntmachungen/transparenzbekannt-](https://www.dielinke-wf.de/service/bekanntmachungen/transparenzbekanntmachungen/kommunalwahl-2026/)
443 [machungen/kommunalwahl-2026/](https://www.dielinke-wf.de/service/bekanntmachungen/transparenzbekanntmachungen/kommunalwahl-2026/)